

## Einführung

TTIP - Transatlantic Trade and Investment Partnership

3000 regionale Freihandelsabkommen sind weltweit in Kraft. Die Bundesrepublik hat rd. 200 Investitionsschutzabkommen mit anderen Ländern vereinbart – mehr als jedes andere Land sonst. 1995 wurde der Transatlantische Wirtschaftsdialog gegründet, eine Gruppe handverlesener GeschäftsführerInnen der mächtigsten US-amerikanischen und europäischen Unternehmen. Die Einrichtung des Transatlantischen Wirtschaftsrats im Jahr 2007 bot dem Transatlantischen Wirtschaftsdialog eine neue Möglichkeit, auf die Einrichtung einer Freihandelszone im Sinne der Deregulierung der europäischen und US-amerikanischen Märkte zu drängen. Der Transatlantische Wirtschaftsdialog schloss sich mit dem US-amerikanischen Business Roundtable und dem European Round Table of Industrialists zusammen, um gemeinsam eine weitgesteckte Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den USA zu fordern. US-Präsident Barack Obama kündigte im Februar 2013 die Aufnahme von Verhandlungen über eine umfassende Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) an. Die erste Gesprächsrunde fand im Juli 2013 statt, es wurde strenge Geheimhaltung vereinbart.

Im Zentrum der Grenzöffnung stehen die nicht tarifären Handelshemmnisse. Rund 820 Millionen Menschen wären von TTIP betroffen. 0,48 Prozent – so viel zusätzliches Wirtschaftswachstum könnte die Europäische Union pro Jahr zusätzlich verzeichnen, wenn das Abkommen im geplanten Umfang in Kraft treten sollte, erwartet die EU-Kommission. Dieser Effekt soll erst ab 2027 voll zum Tragen kommen. Andere Studien kommen zu anderen Ergebnissen.

TTIP ist so komplex wie kein anderes Freihandelsabkommen. Verlässliche Rechenmodelle gibt es nicht. Unklar ist, ob nur das EU-Parlament und die Regierungen oder zusätzlich die nationalen Parlamente zustimmen müssen. 28 EU-Mitgliedsländer haben der EU-Kommission ein Verhandlungsmandat gegeben.

## Lebensmittel

90 Prozent der in den USA angebauten Soja-, Mais-, und Zuckerrübenpflanzen sind gentechnisch verändert. In Deutschland ist der Anbau verboten, 80 Prozent der Bürger sind gegen Gentechnik im Essen.

Europäische Verordnungen zur Lebensmittelsicherheit – einschließlich gentechnisch veränderter Organismen (GVO), Pestiziden, hormonell behandeltem Rindfleisch und Wachstumsförderern – gehören zu den wichtigsten Aspekten, die Wirtschaftsverbände in TTIP abschaffen wollen.

Im Zentrum der Auseinandersetzungen steht das in der EU angewandte „Vorsorgeprinzip“ zur Bestimmung von Lebensmittelsicherheitsstandards. Diesem Prinzip zufolge, kann ein Produkt auch dann vom Markt genommen werden, wenn ein Risiko für die menschliche Gesundheit besteht, auch wenn nur unzureichende wissenschaftliche Daten vorliegen. Kritisiert wird beim Vorsorgeprinzip die Übertragung der Beweislast auf das Unternehmen, das ein potentiell gefährdendes Produkt auf den Markt bringen möchte: Die Unternehmen müssen in der EU nachweisen, dass ihre Produkte sicher sind. Die US-Regierung wendet das Vorsorgeprinzip nicht an.

Rund 70 Prozent der industriell verarbeiteten Lebensmittel, die in US-Supermärkten verkauft werden, enthalten gentechnisch veränderte Inhaltsstoffe. US-Lebensmittelhersteller wollen außerdem das EU-Kontrollsystem zum Einsatz von Pestiziden unter TTIP entschärfen. Über 90 Prozent der Rindfleischproduktion in den USA erfolgt unter Einsatz von Rinderwachstumshormonen, die im Verdacht stehen, Krebserkrankungen beim Menschen zu verursachen. Entsprechende EU-Importbeschränkungen bestehen seit 1988. Die US-Regierung ist bereits auf WTO-Ebene gegen diese Beschränkungen vorgegangen. US-Branchenverbände fordern nun die Abschaffung dieser „unnötigen“ Handelshemmnisse im Rahmen von TTIP.

US-Geflügelproduzenten behandeln Hühner- und Truthahnfleisch vor dem Verkauf an die Konsumenten mit Chlor – eine Praktik, die in der EU seit 1997 verboten ist. In keinem Land wird so viel Rindfleisch produziert wie in den USA. Die EU verbietet Wachstumshormone im Tierfutter. US-Züchter verabreichen ihren Tieren Botenstoffe wie Östradiol oder Testosteron, um ihr Wachstum zu beschleunigen. Da in großen Betrieben 90 Prozent der Rinder mit diesen Wachstumshormonen behandelt werden, kam die Maßnahme der Europäer einem Importverbot amerikanischen Rindfleischs gleich. Ähnlich ist es beim Schweinefleisch, bei dem die EU den Einsatz von Ractopamin, einem Zusatzstoff im Futter, der die Schweine schneller mästet, verbietet.

Es ist zu befürchten, dass sich EU und USA beim Verbraucherschutz auf ein »Race to the bottom« – ein Wettrennen um die niedrigsten Standards – einlassen. Unklar ist derzeit, wie die Kennzeichnungspflicht bestimmter Produkte ausgestaltet werden soll. Geografische Herkunftsangaben wie »Bayerisches Bier«, »Spreewälder Gurken« oder Parmaschinken sind in den USA nicht geschützt, Nachahmer haben freie Bahn. Die USA sind der zweitgrößte Exportmarkt für die deutsche Ernährungsindustrie,

## Wirtschaftswachstum

Politiker auf beiden Seiten des Atlantiks betonen, dass kleine Unternehmen und Start-ups besonders von TTIP profitieren würden. Denn ohne Zölle und nervige Bürokratie werde es für sie leichter, Waren und Dienstleistungen zu exportieren. Nur 15 Prozent der deutschen mittelständischen Unternehmen glauben laut einer Commerzbank-Umfrage, dass ihnen das Abkommen bessere Geschäfte beschere wird.

## Arbeitnehmerrechte

Das deutsche Modell der Mitbestimmung mit Betriebsräten und Gewerkschaftern in Aufsichtsräten ist den Amerikanern fremd. Das gilt auch für Arbeitnehmer.

Alle EU-Staaten haben sämtliche acht Kernarbeitsnormen der International Labor Organization (ILO) ratifiziert:

1. die Koalitionsfreiheit, also auch das Recht der Beschäftigten, sich frei zu organisieren, etwa in Gewerkschaften
2. das Recht auf kollektiv verhandelte Tarifverträge
3. Übergangsregelungen zur Zwangsarbeit
4. die Abschaffung der Zwangs- und Pflichtarbeit allgemein, vor allem wegen des Einsatzes von Häftlingen für private Unternehmen

5. gleicher Lohn für gleiche Arbeit von Mann und Frau
6. ein Mindestalter für den Eintritt in ein Arbeitsverhältnis
7. das Verbot der Diskriminierung in der Arbeitswelt wegen Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Religion, politischer Meinung, nationaler und sozialer Herkunft
8. das Verbot der »schlimmsten Formen« von Kinderarbeit.

Die USA hingegen haben nur zwei dieser Normen ratifiziert, die letztgenannte zur Kinderarbeit und die zu den Übergangsregeln zur Zwangsarbeit.

Es ist zu befürchten, dass vor allem die Klauseln zum Investitionsschutz und zu Schiedsgerichten dazu führen könnten, Arbeitnehmerrechte zu beseitigen – weil Investoren gegen Neuregelungen im Sinne der Beschäftigten klagen könnten. Gewerkschafter befürchten, dass Europäer und Amerikaner sich bei den Arbeitnehmerrechten auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen. Sie fordern daher, dass die Rechte der Arbeitnehmer und die Arbeitsstandards mindestens auf dem Niveau der ILO-Kernarbeitsnormen vertraglich festgeschrieben werden. Am meisten fürchten die Gewerkschaften, dass Vereinbarungen in TTIP ihr Recht und ihre Möglichkeiten in Frage stellen könnten, Tarifverträge auszuhandeln. Lohndumping könnte dann die Folge sein.

## Arbeitsplätze und Einkommen

110 000 neue Arbeitsplätze könnten allein in Deutschland entstehen, glaubt das Ifo-Institut. 545 Euro soll eine vierköpfige europäische Familie im Jahr laut einer Studie des Londoner Forschungsinstituts Centre for Economic Policy Research (CEPR) mehr in der Tasche haben, wenn TTIP Realität wird. In der Diskussion über TTIP tauchen vor allem drei groß angelegte Studien auf: Die Analyse des CEPR, mit der die EU-Kommission argumentiert; die Studie des Münchner Ifo-Instituts im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums und eine weitere Arbeit der Ifo-Forscher, die sie für die Bertelsmann-Stiftung angefertigt haben.

### Wirtschaftswachstum

Das CEPR geht davon aus, dass sich das BIP in der EU durch das TTIP um zusätzlich 0,48 Prozent erhöht, in den USA nur um 0,39 Prozent – und das erst ab 2027. Der Ifo-Studie zufolge nimmt das inflationsbereinigte BIP über einen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren in Deutschland um 4,7 Prozent zu, in den USA um 13,4 Prozent.

Rudolf Hickel vom Institut Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen verweist darauf, wie falsch Studien in der Vergangenheit schon lagen, wenn sie versuchten, Wirtschaftswachstum vorherzusagen. Selbst wenn man die Ergebnisse ernst nähme, sprächen sie nicht für TTIP, sagt Hickel: »Das durch TTIP ausgelöste, geschätzte Wachstum des EU-weiten BIP ist 2027 mit 0,48 Prozent extrem gering, mit diesen Zahlen kann keiner ernsthaft für das Abkommen argumentieren.«

TTIP soll neue Jobs bringen – eines der Ziele, das die EU offiziell mit dem Abkommen verfolgt. Bis zu 400 000 neue Arbeitsplätze in der EU, allein 110 000 davon sollen es in Deutschland sein, rechnen etwa die Verfasser der Ifo-Studie für das Bundeswirtschaftsministerium vor. Die andere Studie des Münchner Instituts für die Bertelsmann-Stiftung prognostiziert 181 000 neu geschaffene Jobs in Deutschland – in einem Zeitraum von 10 bis 15 Jahren. Das Wachstum Dutzender Staaten auf mehr als ein Jahrzehnt vorhersagen zu wollen, muss als wissenschaftlich unseriös gelten.

Einer Studie des Ifo-Instituts zufolge gehören Mexiko, Niger und Algerien zu den größten Verlierern durch TTIP. Mexiko würde nach dieser Prognose 7,2 Prozent des realen Pro-Kopf-Einkommens einbüßen. Der Ifo-Studie zufolge würde der Handel zwischen Deutschland und den BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) um zehn Prozent, zwischen den BRICS-Staaten und den USA sogar um 30 Prozent des bisherigen Handelsvolumens sinken.

Was in TTIP vereinbart wird, würde zur Norm für einen großen Teil des globalen Handels.

## Kultur

14 europäische Kulturminister haben in den Vorverhandlungen zu TTIP gefordert, die Kultur aus dem Freihandelsabkommen auszuklammern. Mit TTIP sollen jegliche Handelshemmnisse fallen, wozu Kulturschaffende auch die Buchpreisbindung, den verminderten Mehrwertsteuersatz oder Subventionen für Theater zählen. Durch die Initiative Frankreichs wurden audiovisuelle Medien von den Gesprächen ausgenommen.

Was verstehen wir unter »audiovisuellen Medien«? Sicher fällt der Film darunter, aber beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist die Sache schon nicht mehr so eindeutig. Viele fürchten, dass dieser Bereich unter den Begriff Telekommunikation fällt – und damit unter die TTIP-Regeln.

Welche Copyright-Pläne mit TTIP verbunden sind, ist im Detail nicht bekannt. In Europa gibt es die Vorstellung einer unverbrüchlichen Verbindung zwischen dem Schöpfer und seinem Werk. Im deutschen Gesetz ist im Urheberpersönlichkeitsrecht geregelt, dass der Schöpfer/Urheber auch dann Einfluss auf die Verwertung seines Werkes nehmen kann, wenn er die Rechte daran abgetreten hat. Das US-Copyright kennt diese Vorstellung nicht. In Amerika kann ein Urheber alle Rechte an seinem Werk abtreten und verliert damit jeden Einfluss auf dessen Verwendung.

## Bildung

Vermutet wird, dass es bei TTIP eine Negativliste geben wird – nur was auf dieser Liste steht, wird von dem Abkommen ausgenommen. Denn wenn man in den Abkommen Bildung als Ware betrachten würde, müssten für amerikanische Universitäten in Deutschland gleiche Bedingungen herrschen wie für deutsche. Wird etwa einer Zweigniederlassung der Universität Harvard in Deutschland die Eröffnung verwehrt, könnte die Uni vor einem Schiedsgericht auf Gleichbehandlung klagen.

Wichtigster Faktor, um an den amerikanischen, privaten Hochschulen angenommen zu werden, ist ein gut gefülltes Portemonnaie. Viele gute Abschlüsse erhöhen die Geldzuweisungen der Sponsoren.

## Umweltschutz – Energie

In erster Linie droht TTIP zentrale Umweltvorschriften innerhalb der EU zu untergraben, die deutlich höhere Sicherheitsstand garantieren als in den USA. Zu diesen gehört besonders die 2007 von der EU eingeführte REACH-Verordnung für Chemikalien, die dem Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt vor gefährlichen Stoffen dient. Die REACH-Verordnung basiert auf dem Vorsorgeprinzip und zwingt die Industrie zum Nachweis der Sicherheit von Chemikalien vor deren Zertifizierung zur kommerziellen

## Nutzung.

Im Gegensatz hierzu muss laut dem US-amerikanischen Gefahrstoff-Überwachungsgesetz (TSCA) von 1976 die staatliche Regulierungsstelle nachweisen, dass eine Chemikalie giftig ist, bevor ihr Einsatz beschränkt werden kann. Sie begrenzt Einschränkungen auf das mögliche „Mindestmaß“. Unter TSCA ist es der US-amerikanischen Umweltschutzbehörde von den 84.000 Chemikalien, die seit 1976 in den USA kommerziell genutzt werden, nur in sechs Fällen gelungen, Kontrollen einzuführen.

Die US-Produzenten von Agrokraftstoffen kritisieren die Nachhaltigkeitsanforderungen der EU-Richtlinie über erneuerbare Energien. Sie haben Interesse daran, die EU-Verordnungen mit den niedrigeren Standards der USA in Einklang zu bringen. Die US-Regierung nutzt TTIP ebenfalls, um die EU-Richtlinie über erneuerbare Energien auszuhöhlen, mit dem Ziel, den US-Raffinerien den Export von Erdöl nach Europa zu erleichtern, das aus kanadischen Ölsanden gewonnen wurde. TTIP würde zudem massiven Exporten US-amerikanischer Schiefergase nach Europa die Tür öffnen, was eine Ausweitung des Fracking zur Folge hätte.

Europa verbraucht sehr viel Energie: 2013 waren es mehr als 1,6 Milliarden Tonnen Öläquivalent – etwa 13 Prozent des weltweiten Primärenergieverbrauchs. Seit 2004 deckt die EU mehr als die Hälfte ihres Energiebedarfs über Importe aus Nicht-EU-Staaten ab, zu einem großen Teil aus Öl, Erdgas und Kohle aus Russland. Die EU-Kommission will diese Abhängigkeit verringern. Der Investitionsschutz soll es Unternehmen ermöglichen, Staaten vor nicht öffentlichen Schiedsgerichten zu verklagen. Firmen, die in der EU mit Fracking Erdgas fördern wollen, könnten dadurch Regierungen unter Druck setzen, den Widerstand gegen die umstrittene Methode aufzugeben.

Niedrige Öl- und Gaspreise in Europa durch Frackinggas-Importe könnten die Absatzmöglichkeiten alternativer Energien einschränken.

In Deutschland wird schon seit den 60er Jahren Fracking eingesetzt, um sogenanntes tight gas in wenig durchlässigen Sandsteinschichten zu fördern. Die Bundesregierung hat inzwischen beschlossen, die Förderung von Gas aus Schiefer- und Kohleflözen bis 2021 zu verbieten. Allerdings bleiben wissenschaftliche Probebohrungen sowie die Förderung von tight gas unterhalb einer Tiefe von 3000 Metern erlaubt – wenn die Frackflüssigkeit nur »schwach wassergefährdend« ist. Außerdem muss eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorgenommen werden; in Wasserschutzgebieten ist Fracking in Deutschland untersagt.

## Öffentliche Dienstleistungen

TTIP zielt auch auf die Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte. Hierzu zählt u.a. die Freigabe öffentlicher Dienste wie Gesundheit, Bildung und Wasserversorgung für private Unternehmen. US-Unternehmen sind besonders daran interessiert, Zugang zu den öffentlichen Gesundheitssystemen in Europa zu erhalten. Neben der Aussicht, dass öffentliche Dienste profitorientierten Unternehmen überlassen werden, gehört zu den bedenklichsten Folgen von TTIP, dass es den Ländern verwehrt wird, öffentliche Dienste wieder selbst zu übernehmen, wenn sie einmal privatisiert wurden. Dieser „Lock-In-Effekt“ wird noch verstärkt, wenn TTIP sich für den so genannten Negativlisten-Ansatz entscheiden sollte, wie im Fall des neuen Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada. Hier werden alle Dienstleistungsbereiche liberalisiert, sofern sie nicht

ausdrücklich als Ausnahmen aufgeführt wurden

## Finanzdienstleistungen

Die EU-Kommission möchte TTIP zur Schwächung wichtiger Finanzregulierungen nutzen. Unterstützt wird sie von den größten US-Banken, die neue Vorschriften durchlöchern wollen, die 2010/2011 mit dem Dodd-Frank Act unter der Obama Regierung eingeführt wurden. Die US-Regierung hat bereits zugestimmt, eine Lockerung der Regelungen des Zugangs zu Finanzdienstleistungsmärkten zu verhandeln, einschließlich der Beseitigung der Kapitalverkehrskontrollen.

## Öffentliche Beschaffungssysteme

Über den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen hinaus planen die EU-Kommission und die US-Regierung auch die Öffnung des öffentlichen Beschaffungswesens für die Privatwirtschaft durch TTIP. Dies bedeutet, dass etliche Richtlinien zum öffentlichen Beschaffungswesen auf kommunaler Ebene zur Unterstützung wichtiger sozialer und umweltpolitischer Ziele nicht länger gestattet sein werden. Die US-Regierung hat angekündigt, bestehende Beschaffungsinitiativen in der EU, wie den Einkauf regionaler Lebensmittel durch Schulen und andere öffentliche Einrichtungen, ins Visier zu nehmen. Internationale Unternehmen könnten auf diese Weise lokale Anbieter verdrängen.

## Investorenschutz

Investor-State Dispute Settlement (ISDS)

Die Schiedsgerichte, vor denen Unternehmen Staaten verklagen können, sind der brisanteste Punkt der Verhandlungen über TTIP. Die Schutzklauseln ermöglichen es ausländischen Unternehmen, Staaten vor internationalen Schiedsgerichten zu verklagen, wenn sie sich enteignet fühlen – außerhalb nationaler Rechte. Das für die Mehrzahl der Klagen derzeit zuständige Sekretariat in der Weltbank veröffentlicht in den meisten Fällen nur, in welcher Phase sich ein Verfahren gerade befindet. Um alle Dokumente publik zu machen oder gar öffentlich zu verhandeln, müssen beide Seiten zustimmen. Auch Urteile und Entschädigungssummen können nur mit ihrer Zustimmung veröffentlicht werden. Die UN-Handelskonferenz schätzt, dass zuletzt etwa ein Viertel aller Entscheidungen nicht öffentlich waren.

Von den fast 600 Klagen der vergangenen Jahrzehnte kamen 120 von US-Investoren. Aber rechnet man die EU-Staaten zusammen, haben in ihnen sogar mehr als die Hälfte aller Verfahren ihren Ursprung (UN-Analyse). Allein deutsche Unternehmen sind für 40 Klagen verantwortlich, darunter Daimler, Deutsche Bank und Telekom. Europa war in 46 Prozent Ziel der Klagen. Allerdings ist die Nationalität eines Unternehmens in einer globalisierten Welt fast unerheblich. Viele Konzerne klagen über ihre Sub-Firmen in anderen Ländern. Großkonzerne stellen 50% der Kläger.

Wenn Schiedsgerichte – anders als nationale Gerichte – hinter verschlossenen Türen tagen, ohne Publikum, ohne Öffentlichkeit, kommt der Verdacht auf, es handele sich hier um eine »Schattenjustiz«. Bisher geplante Besetzung im Rahmen von TTIP: je ein Wirtschaftsvertreter plus eine „neutrale“ Figur, nicht öffentlich, keine Revision möglich, Beschlüsse verbindlich. Rund 150.000 Eingaben aus der EU gibt es zu den geplanten

Investorenschutzregeln (ISDS).

## CETA

CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) ist ein Freihandelsabkommen, das demnächst zwischen Kanada und der EU abgeschlossen werden soll. Die Verhandlungen sind beendet. Auch US-Unternehmen mit Standbein in Kanada können dank in CETA enthaltener Investitionsschutzregelungen gegen Gesetze der EU-Länder vorgehen, selbst wenn TTIP verhindert wird. Ceta gilt als Blaupause für TTIP.

Das Abkommen mit Kanada umfasst Regeln zu praktisch allen Wirtschaftsbereichen, in denen Kanada und die EU miteinander zu tun haben.

In Ceta hat die Kommission die so genannten Uncitral-Transparenzregeln (benannt nach der Handelsrechts-Kommission der UN) verankert. Grundsätzlich müssen Verfahren demnach öffentlich stattfinden, ein Großteil der Dokumente publiziert werden. Allerdings können die Richter die Öffentlichkeit von Teilen des Verfahrens ausschließen: wenn es um vertrauliche oder geschützte Informationen geht. Welche als solche gelten, wird von den Schiedsrichtern entschieden. Regierungen können verklagt werden, aber selbst nicht klagen. Vor allem aber können sie de facto nicht in Berufung gehen.

## TISA

TISA steht für "Trade in Service Agreement" (Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen). Das Vertragswerk wird seit Anfang 2013 zwischen der EU, USA und weiteren 19 Wirtschaftsnationen wie z.B. Kanada, Japan und Australien verhandelt.

Das neue globale Abkommen soll weltweit mehr Wettbewerb bei Dienstleistungen aller Art erzeugen, beim Verkehr beispielsweise ebenso wie im Gesundheitssektor, bei Banken sowie im Bildungsbereich. Die bisherigen Verhandlungen fanden abseits der Öffentlichkeit statt. Die Verhandlungspapiere sollen frühestens fünf Jahre nach Abschluss des Vertrags an die Öffentlichkeit gelangen, wie in den als "vertraulich" markierten Papieren zu lesen ist.

Servicebranchen wie IT, Logistik, Beratung und viele andere stellen drei Viertel der europäischen Wirtschaftsleistung dar und beinhalten drei Viertel aller Jobs, d.h. den Großteil der europäischen Ökonomie. Die USA erhoffen sich von Tisa eine Steigerung ihrer Exporte von Dienstleistungen im Umfang von 600 Milliarden Euro.

Tisa könnte umstrittene Privatisierungen zementieren. Es soll in Tisa Vorschriften geben, die eine Wiederverstaatlichung privatisierter Betriebe verbieten.